

Postulat der CVP-BDP-Fraktion vom 23. August 2011 betreffend Fortführung der Forschung im Bereich der Kernenergie, insbesondere Reaktorsicherheit und Entsorgungsproblematik; Ablehnung

Aarau, 16. November 2011

11.258

I.

Text und Begründung des Postulats wurden den Mitgliedern des Grossen Rats unmittelbar nach der Einreichung zugestellt.

II.

Der Regierungsrat lehnt das Postulat mit folgender Begründung ab:

Die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Energieforschung betragen im Jahr 2009 213,6 Millionen Franken. Davon flossen 54,3 Millionen Franken (25,4 %) in den Forschungsbereich Kernenergie. Der relative Anteil dieses Bereichs war in den letzten Jahren rückläufig, nicht jedoch immer der absolute Betrag, da die Aufwendungen der öffentlichen Hand seit 2000 zugenommen haben. Rund die Hälfte der Forschungsgelder für die Kernenergie fliessen in die Kerntechnik und nukleare Sicherheit (Kernspaltung), Radioaktive Abfälle sowie vorausschauende Forschung. Die andere Hälfte in die Grundlagenforschung für die Kernfusion.

Forschungsgebiete	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Zielwerte 2011
I. Effiziente Energienutzung	49.7 29.8%	54.7 31.7%	58.8 32.8%	58.9 32.0%	56.7 35.2%	54.3 34.8%	63.5 38.1%	67.2 38.6%	73.1 36.5%	77.8 36.4%	72 36%
II. Erneuerbare Energien	52.1 31.3%	52.4 30.3%	52.4 29.2%	52.8 28.7%	44.9 27.9%	42.8 27.5%	38.3 22.9%	39.3 22.6%	55.9 27.9%	67.1 31.4%	70 35%
III. Kernenergie	52.7 31.6%	51.0 29.5%	53.5 29.8%	53.9 29.3%	48.2 29.9%	47.8 30.7%	50.6 30.4%	52.0 29.9%	56.4 28.2%	54.3 25.4%	47 23%
IV. Energie - Wirtschaft - Gesellschaft	12.2 7.3%	14.6 8.5%	14.7 8.2%	18.3 9.9%	11.3 7.0%	11.0 7.1%	14.3 8.6%	15.6 9.0%	14.9 7.4%	14.4 6.7%	12 6%
TOTAL	166.8	172.8	179.4	183.8	161.1	155.9	166.7	174.2	200.2	213.5	201

Tabelle: Übersicht über die Aufwendungen der öffentlichen Hand für die Energieforschung zwischen 2000 und 2009¹ und Zielwert 2011 gemäss CORE².

¹ Projektliste der Energieforschung des Bundes 2008/09, Mai 2011

² Commission fédérale pour la recherche énergétique

Der grösste Anteil dieser Aufwendungen fliesst direkt oder indirekt über Gelder des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI), des Bundesamts für Energie (BFE) oder der EU in den ETH-Bereich. Die Kernenergieforschung der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) findet im Paul-Scherrer-Institut (PSI) statt, welches Teil des ETH-Bereichs ist. Ein wesentlicher Pfeiler bei der Fissionsforschung (Fission = Kernspaltung) ist die Sicherheitsforschung. Die Privatwirtschaft engagiert sich im Bereich der Kernenergieforschung etwa gleich stark wie die öffentliche Hand, wobei der Schwerpunkt nicht in der Fusionsforschung sondern im Bereich der Fission liegt.

Die Energieforschung der öffentlichen Hand richtet sich nach dem "Konzept der Energieforschung des Bundes", das vom BFE unter der Leitung der Eidgenössischen Energieforschungskommission (CORE; Commission fédérale pour la recherche énergétique), unter Beizug der wichtigsten Stakeholder, erarbeitet wurde. Die Mitglieder der CORE vertreten unter anderem auch die Energiewirtschaft und die kantonalen Energiefachstellen. Die Anliegen der Kantone werden durch Regierungsrat Stefan Sutter, Vorsteher des Bau- und Umweltdepartements des Kantons Appenzell-Innerrhoden, vertreten. Aus dem Kanton Aargau sind Dr. Tony Kaiser (Consenec), Prof. Dr. Alexander Wokaun (PSI) sowie Dr. Manfred Thumann (Mitglied der Konzernleitung Axpo Holding AG) in der Kommission vertreten.

Das Energieforschungskonzept wird alle vier Jahre aufdatiert. Das Konzept 2013–2016 wird Ende November 2011 an der Energieforschungskonferenz vorgestellt. Der Forschungsbereich "Energiesysteme der Zukunft" wird auch Forschungsarbeiten zu Sicherheitsaspekten der heutigen und zukünftigen Technologien beinhalten. Die CORE beabsichtigt, im revidierten Energieforschungskonzept die Forschung in der nuklearen Fission auf folgende Bereiche zu konzentrieren: Betriebliche Sicherheitsforschung, sichere Entsorgung und Methoden zur Reduktion nuklearer Abfälle sowie die Sicherstellung des technischen Nachwuchses – das heisst, die Ausbildung von Fachkräften zum sicheren Weiterbetrieb unserer Kernkraftwerke und deren späteren sachgerechten Rückbau sicherzustellen. Die Forschung und die internationale Zusammenarbeit an neuen nuklearen Technologien soll in dem Masse betrieben werden, das der Schweiz erlaubt, urteilsfähig zu bleiben, um die globale Entwicklung in der Nukleartechnik periodisch bewerten zu können.

Die seit zehn Jahren abnehmende Tendenz der Finanzierung durch die öffentliche Hand und die gleichzeitig zunehmende Finanzierung der Forschung durch die KKW-Betreiber dürfte weiter anhalten. Im Bereich der Fusion wird die CORE anregen, dass die Teilnahme an internationalen Programmen aus technischer und politischer Sicht geprüft und neu bewertet wird.

Die Ausgaben des PSI beliefen sich 2010 auf 329,2 Millionen Franken. Davon entfielen 15 % auf das Forschungsfeld Nukleare Energie und Sicherheit. Die Forschung am PSI ist mittel- und langfristig orientiert. Der Ausstiegsentscheid des Bundesrats und des Parlaments setzt neue Akzente, die aber keine Kehrtwende bei der Energieforschung bedeuten. Solange Kernkraftwerke in der Schweiz betrieben werden, braucht es gut ausgebildete Fachleute, die den sicheren Betrieb gewährleisten können. Das PSI leistet seit Jahren Beiträge in Forschung und Lehre, um den sicheren Betrieb unserer Kernkraftwerke in der Schweiz zu un-

terstützen. Diese Aufgabe bleibt auch in den kommenden Jahren sehr wichtig. Die Forschung im Bereich Nukleare Energie und Sicherheit konzentriert sich weiterhin auf den sicheren Betrieb der Kernkraftwerke bis zum Zeitpunkt der Ausserbetriebnahme sowie auf die Forschung zur sicheren, langfristigen Entsorgung radioaktiver Abfälle.

Der Einsatz der Forschungsgelder wird letztendlich vom Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF; Fusion) und vom PSI (Fission, somit ETH-Rat) festgelegt. Im Rahmen der Neuausrichtung der Energiepolitik prüft der Bundesrat eine Reihe von Massnahmen. Die Energieforschung ist ein wichtiger Teil der Überprüfung. Eine Arbeitsgruppe unter Leitung des SBF schlägt die Erarbeitung eines Aktionsplans "Koordinierte Energieforschung Schweiz" sowie sieben konkrete Massnahmen in diesem Bereich vor. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte sich der Bundesrat nicht darauf festlegen, welche genauen Anteile der öffentlichen Mittel für die Energieforschung generell sowie pro Bereich eingesetzt werden sollen.

Der Regierungsrat steht hinter den Forschungsanstrengungen, die der Sicherheit der Kernanlagen dienen, denn eine hohe Betriebssicherheit der Kernkraftwerke ist ein vorrangiges Ziel, das nicht aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen in Frage gestellt werden darf. Er beurteilt den Umfang der Forschungsanstrengungen als genügend und sieht daher keine Notwendigkeit, den Bundesrat und die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) zu weiteren Forschungen der Kernenergie mit Schwerpunkt Reaktorsicherheit und Entsorgungsthematik zu verpflichten, weshalb er die Entgegennahme des Postulats ablehnt.

Die Kosten für die Beantwortung dieses Vorstosses betragen Fr. 1'517.-.

REGIERUNGSRAT AARGAU